

Verein zur Wiedereinführung staatlicher Studienkollegs in NRW

Lothar Jansen

48159 Münster, der 13.04.2009

Idenbrockweg 179

Tel.: 0251-6207113 dienstl. direkt

0251-620710 dienstl. Sekretariat

0251-213459 privat

www.nrw-braucht-studienkollegs.de

Stellungnahme zum Bericht des Innovationsministers an den Landtag zur Situation der Studienkollegs

Das Datum des Berichtes, Freitag der 13., passt hervorragend zum Inhalt des Schreibens. Die Reform der Studienkollegs ist augenfällig gescheitert. Nicht ein einziger neuer, privater Standort ist entstanden. Das soll nun rhetorisch verschleiert werden, unmöglich, denn die Situation ist peinlich für den Minister:

An den beiden allgemeinen Stipendienprogrammen beteiligten sich deutlich weniger Hochschulen, als zu erwarten war. Dabei dürfte es leicht sein, ausländische Studierende zu diesen Konditionen zu finden:

- Die Förderhöhe liegt über dem Bafög-Satz.
- Es wird keine Bedürftigkeitsüberprüfung vorgeschrieben. Eine Selbsterklärung der Studierenden reicht aus. Damit werden auch Kinder der Besserverdienenden Stipendien bekommen.
- Es gibt nur 200 Stipendien, bei einem fünfjährigen Studium also 40 pro Jahr.

Allerdings muss sich der Steuerzahler fragen, warum er so sein Geld ausgibt. Welche gesellschaftliche Relevanz besteht noch, wenn z.B. die Uni Münster die Stipendien besonders im englischsprachigen Masterstudiengang Geoinformatik einsetzen möchte?

Noch trauriger ist die Situation bei der gescheiterten Privatisierung der Studienkollegs: Nur zwei Fachhochschulen (Dortmund und Köln) sind bereit, eigene Kurse für Technik und Wirtschaft einzurichten. Zusätzlich will die FH Aachen ihr bisheriges englischsprachiges Programm ausbauen. Verschwiegen wird dabei folgendes:

- Köln hat kaum Bewerbungen. Es wäre ratsam, die wenigen Bewerber zu den noch ein weiteres Jahr bestehenden Studienkollegs in Köln zuzulassen.
- Dortmund will erst im nächsten Jahr anfangen, in Zusammenarbeit mit einem privaten Vermittler, der Chinesen anwerben soll, die wegen fehlender Vorbildung kein Studienkolleg besuchen dürfen und daher umso zahlungswilliger sind. Es dürfte ausgeschlossen sein, dass dieser Personenkreis ein Visum erhält. Das wäre ein Dammbbruch.
- Das florierende Geschäftsmodell (Kurskosten 16 000 €!) in Aachen beruht darauf, dass die Studierenden auf einen englischsprachigen Studiengang vorberei-

tet werden. Das bezeichnet man als innovativ (Warum eigentlich?) und daher dürfen die KMK-Standards umgangen werden. Wie in Dortmund, formal aber bei innovativen Studiengängen legal, werden Chinesen zugelassen, die nach den in NRW weiterhin verbindlichen KMK-Bestimmungen in Deutschland kein Studienkolleg besuchen dürfen.

Unbeantwortet bleiben im Bericht des Ministers folgende Fragen:

- Warum gibt es keine Kurse für Medizin oder Geisteswissenschaften?
- Warum beträgt das Gebührenstipendium 5 000 €, wenn eine seriöse FH wie Aachen 16 000 € für die Kursgebühr und die Unterbringung in Doppelzimmern nimmt?
- Warum gibt der Steuerzahler einigen Kursteilnehmern in Aachen 5 000 €, obwohl sie doch in der Lage sind, 16 000 € zu Beginn auf den Tisch zu legen?
- Warum hat das Schulministerium eineinhalb Jahre nach seiner Ankündigung immer noch keine Prüfungsordnung vorgelegt?
- Warum muss die bisherige Prüfungsordnung überhaupt novelliert werden, die ja nicht nur für die staatlichen Kollegs gilt, sondern auch für die weiter bestehenden kirchlichen? Die Kurse der Fachhochschulen könnten doch wie kirchliche Kurse behandelt werden.

Die Antwort auf die letzten beiden Fragen ist offenkundig. Die Schulministerin tut sich schwer, dem Drängen des Innovationsministers stattzugeben. Der möchte, dass sich wenigstens einige Kurse bilden und seine Reform nicht als völlig gescheitert gilt. Daher soll die Ministerin

- durch weniger Fächer billigere Kurse ermöglichen,
- auf die ursprünglich angedachte einheitliche externe FSP für alle (analog zum Zentralabitur) verzichten,
- durch den Verzicht auf eine Ausbildungsordnung die KMK-Qualitätsstandards umgehen,
- Abschlüsse einführen, die nur in NRW gültig sind und
- die Fachhochschulreife zur Hochschulreife erklären.

Angesichts dieser Peinlichkeiten ist den Verantwortlichen nur zu raten, die jetzige „Augen zu und durch“-Politik aufzugeben und die Reform mit Hilfe der Beteiligten gründlich zu reformieren. Insofern ist es schade, dass der Minister die Bundestagung der Leiter der Studienkollegs an Hochschulen im Münster (27.4. – 29.4.) nicht besuchen wird. Dort könnte er sehen, dass andere Bundesländer wirklich innovative Veränderungen vornehmen und zwar mit ihren Studienkollegs.